"... jüdisch aussehende Passanten"

Nationalsozialistische Gewalt und sozialdemokratische Gegengewalt in Wien 1932/33

VON KURT BAUER

Am Abend des 31. März 1932, einem Donnerstag, fand in den Drei-Engel-Sälen in der Großen Neugasse, Wien 4, eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt, die laut Bericht der Wiener Polizei ruhig verlief. Allerdings habe nachträglich der Obmann der sozialdemokratischen Jugendorganisation Wieden, Bruno Kreisky, auf einem Sicherheitswachzimmer die Anzeige erstattet, "dass er auf dem Heimwege von der vorerwähnten

Versammlung in der Rainergasse von einer größeren Gruppe politischer Gegner, vermutlich nationalsozialistischen Parteigängern, überfallen und misshandelt worden sei. Nächst der Blechturmgasse, wohin er von den Gegnern verfolgt wurde, sei aus der Gruppe der Angreifer ein Schuss, möglicherweise aus einer Schreckpistole, abgefeuert worden." Eine bezeichnende, beinahe alltägliche Episode, die ein Schlaglicht auf die Situation in Wien im letzten Jahr vor der Diktatur wirft.

Bis um 1930 waren die Nationalsozialisten in Wien nichts weiter als eine obskure rechtsradikale Sekte gewesen, die hin und wieder durch Schlägereien und andere Gewalttätigkeiten von sich reden machte. Das rechtsextreme Spektrum wurde von der Heimwehr, der Frontkämpfervereinigung und ähnlichen, kleineren Wehrformationen dominiert. Bei den Nationalratswahlen am 9. November 1930 schaffte die NSDAP in Wien magere 2,3 Prozent (in ganz Österreich 2,9 Prozent). Immerhin war es gelungen, in diesem Wahlkampf die Basis für den nachfolgenden rasanten Aufschwung zu legen; die Mitgliederzahl in Wien stieg vom Jänner 1930 bis zum Jänner 1931 von 1045 auf 3302, verdreifachte sich also innerhalb eines Jahres. Die gewalttätigen Proteste gegen die Verfilmung von Erich Maria Remarques Antikriegsroman "Im Westen nichts Neues" Anfang Jänner 1931, die zum Verbot des Filmes führten, bescherte der NSDAP weiteren Zulauf: Allein vom Jänner bis zum April 1931 stieg auf den nationalsozialistischen Erfolg hin die Zahl der NS-Mitglieder um rund 25 Prozent auf 4200. Ab



Joseph Goebbels beim Einzug in die Engelmann-Arena in Wien-Hernals am 18. September 1932

nun sollte Wien im Bann der Auseinandersetzungen zwischen den mit absoluter Mehrheit herrschenden Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten stehen. Zu Brennpunkten des sich ständig verschärfenden Kampfes wurden die Wiener Hochschulen und die Gemeindebauten des Roten Wien.

Die Wahlen vom April 1932

Am 24. April 1932 fanden in Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen und in Kärnten und der Steiermark Gemeinderatswahlen statt. Die Nationalsozialisten errangen durchwegs erdrutschartige Erfolge, die in erster Linie auf Kosten der traditionellen deutschnationalen Parteien, hauptsächlich der Großdeutschen Volkspartei, und erst in zweiter Linie auf Kosten der beiden Großparteien gingen.

Die täglichen Berichte der Wiener Polizei ergeben ein plastisches Bild von der Atmosphäre, in der der Wahlkampf ausgetragen wurde. Tätliche Konflikte und Zusammenstöße waren an der Tagesordnung; Rollkommandos beschädigten oder überklebten nächtens gegnerische Wahlplakate; mit Lautsprechern ausgestattete nationalsozialistische "Propagandaautos" gerieten in Arbeiterbezirken nicht selten in einen Hagel aus Steinen und Ziegelstücken; ähnlich erging es Musikumzügen der SA-Kapelle oder Propagandakolonnen von nationalsozialistischen Radfahrern, die von "anscheinend angelernten" Kindern mit Steinen beworfen wurden. Umgekehrt wird auch von Überfällen der SA auf sozialdemokratische Wahlwerber berichtet.

Eine gezielte Provokation der Nationalsozialisten war es, in den als sozialdemokratische "Trutzburgen" angesehenen Gemeindebauten Propagandamaterial zu verteilen – eine aus den politischen Kämpfen in der Weimarer Republik übernommene Taktik ("Kampf um den Kiez"). Am Vormittag des 19. April 1932 unternahmen beispielsweise rund zwanzig Nationalsozialisten in Zivil den Versuch, im Karl-Marx-Hof Flugblätter zu verteilen. Im Polizeibericht

heißt es über den weiteren Hergang: "Eine Frau, der sie gleichfalls ein Kuvert mit solchen Flugschriften eingehändigt hatten, alarmierte laut schreiend die Bewohner dieses Hauses, die sich daraufhin in großer Menge im Hofe sammelten und in erregter Weise gegen die Nationalsozialisten Stellung nahmen. Zwischen den politischen Gegnern kam es schließlich zu einem Handgemenge."

Ähnliche Berichte liegen für fast jeden Tag des April 1932 und aus praktisch allen Bezirken vor. Wahre Schlachten zwischen Schutzbündlern und SA-Leuten in den Höfen der Gemeindehäuser waren die Regel. Am 20. April drangen nicht weniger als siebzig Nationalsozialisten zum Flugblattverteilen in den Lindenhof in Wien 18 ein. "Eine Anzahl sozialdemokratischer Parteigänger ging gegen die Nationalsozialisten vor, wobei beide Gruppen mit Stöcken gegeneinander einschlugen. Auch aus den Fenstern wurden gegen die Nationalsozialisten verschiedene Wurfgeschosse geschleudert und Wasser auf sie gegossen. Die Wache schritt sofort ein, kam hiebei aber selbst derart in Bedrängnis, dass sie den Säbel ziehen musste." Der Schutzbund hatte in den Gemeindehäusern Bereitschaft, um derartige NS-Aktionen zu unterbinden, was die SA-Flugblattverteiler rasch und schmerzlich erkennen mussten.

Aus den detaillierten Polizeiberichten lässt sich ein statistischer Überblick über den Wahlkampf der Parteien im April 1932 errechnen. Zwischen 31. März und 23. April 1932 veranstaltete die Sozialdemokratische Partei nicht weniger als 1160 Wählerversammlungen, die von rund 282.000 Personen besucht wurden. Die Zahlen der anderen Parteien: Christlichsoziale: 323 Versammlungen, rund 66.000 Besucher; Nationalsozialisten: 271 Versammlungen, rund 106.000 Besucher; Kommunisten: 120 Versammlungen, rund 12.000 Besucher. Insgesamt wurden in Wien 1943 Wahlversammlungen mit insgesamt rund 476.000 Besuchern abgehalten. Zu diversen Massenveranstaltungen unter freiem Himmel kamen laut Polizeiangaben weitere rund 75.000 Besucher (davon 70.000 Sozialdemokraten). Allein am Freitag, dem 22. April, zählte die Wiener Polizei rund 41.000 Besucher in 125 Wahlveranstaltungen.

Am Donnerstag vor der Wahl geschah, was aufgrund der Brutalitäten der letzten Wochen zu erwarten gewesen war. In Liesing, damals noch zu Niederösterreich gehörend, gerieten Nationalsozialisten auf dem Marsch zu einer Wahlversammlung in eine Auseinandersetzung mit Sozialdemokraten. Durch Pfuirufe hatten sich die Nazis provoziert gefühlt. Ein 21-jähriger Medizinstudent – den man dafür eineinhalb Jahre später zu nur zwei Monaten Arrest bedingt verurteilte – tötete den 23-jährigen Schutzbündler Karl Schaffhauser durch einen gezielten Stich ins Herz; ein zweiter Sozialdemokrat wurde schwer verletzt.

Die Wahl brachte den Wiener Sozialdemokraten mit 59 Prozent (683.000 Stimmen) exakt dasselbe Ergebnis wie eineinhalb Jahre vorher bei den Nationalratswahlen. Die Kommunistische Partei konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1930 verdoppeln, blieb aber mit 1,8 Prozent nach wie vor unbedeutend. Die Christlichsoziale Partei kam auf 20,2 Prozent (234.000 Stimmen) und verlor damit gegenüber November 1930 in Wien 3,5 Prozent der gültigen Stimmen. Die Nationalsozialisten, die Ende 1930 nur von 2,3 Prozent der Wiener gewählt worden waren, erreichten 17,4 Prozent (201.000 Stimmen), wuchsen also um 15,1 Prozent; ihr Stimmenanteil hatte sich in eineinhalb Jahren mehr als versiebenfacht. Die ehemaligen Wähler der Großdeutschen dürften geschlossen ins Nazilager gewechselt sein, ebenso viele Heimwehranhänger und Christlichsoziale. Die nationalsozialistischen Stimmen kamen fast ausschließlich aus dem bürgerlich/kleinbürgerlichen Milieu. Robert Danneberg stellte in seiner häufig zitierten Wahlanalyse aus 1932 fest, dass man, um sie wirkungsvoll zu bekämpfen, den Nationalsozialisten vor allem die "Angestellten aller Art" (also Privatangestellte und Angestellte des öffentlichen Dienstes) "abspenstig" machen müsse.

Das sozialdemokratische Milieu Wiens war in seiner Widerstandskraft gegen den Nationalsozialismus trotz der bereits lang anhaltenden Wirtschaftskrise ungebrochen. Ein Blick auf die Bezirksergebnisse zeigt einen signifikanten Zusammenhang: je stärker die Sozialdemokraten in einem Bezirk, desto schwächer die Nationalsozialisten. In den mehrheitlich von bürgerlich/kleinbürgerlichen Milieus dominierten Gemeindebezirken innerhalb des Gürtels kamen die Nationalsozialisten auf 22 Prozent der gültigen Stimmen; in den mehrheitlich proletarisch geprägten Außenbezirken hingegen nur auf 14,8 Prozent.

Die fünf schwächsten NS-Bezirke		Die fünf stärksten NS-Bezirke	
11. Bezirk: Simmering	7,3 %	4. Bezirk: Wieden	31,0 %
10. Bezirk: Favoriten	10,1 %	18. Bezirk: Währing	28,1 %
20. Bezirk: Brigittenau	10,6 %	8. Bezirk: Josefstadt	27,9 %
16. Bezirk: Ottakring	11,9 %	7. Bezirk: Neubau	24,9 %
21. Bezirk: Floridsdorf	12,1 %	6. Bezirk: Mariahilf	23,5 %

Wiener Gemeindebezirke mit den stärksten und schwächsten Stimmenanteilen der Nationalsozialisten bei den Gemeinderatswahlen vom 24. April 1932

Zur Klärung der Frage, wieso ausgerechnet Wieden und Währing die stärksten NS-Bezirke waren, wird man auf die Technische Hochschule (4. Bezirk) und die Hochschulen für Bodenkultur und Welthandel (18. Bezirk) verweisen müssen. Diese dürften entscheidend zur Schaffung einer besonders ausgeprägten deutschnationalen, deutschvölkischen – und eben auch sehr früh nationalsozialistischen Infrastruktur in diesen Bezirken beigetragen haben.

Die Lage an den Hochschulen

Die Wiener Hochschulen und Universitäten waren "von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung". Deutschnationale und katholische Korporationen gaben den Ton an. Bereits 1919 nahm die österreichische Studentenschaft den "Anschluss" vorweg, als sie einem in Würzburg gegründeten Studenten-Dachverband, der "Deutschen Studentenschaft", beitrat. Die Mitgliedschaft in diesem Verband war auf "deutsch-arische" Hörer beschränkt, jüdische und auch sozialdemokratische Studenten waren darin nicht organisiert. Die Technische Hochschule Wien führte bereits 1923 einen Numerus clausus ein, durch den die Höchstgrenze der jüdischen Hörer je Fakultät mit zehn Prozent festgelegt wurde; im selben Jahr entstand eine nationalsozialistische Studentengruppe an der Technik. Die anhaltende Wirtschaftskrise führte Anfang der Dreißigerjahre an den Hochschulen zu rigorosen Sparmaßnahmen und Kürzungen, zudem verschärfte sich der Kampf um die wenigen freien Arbeitsstellen, die nach Abschluss des Studiums zu ergattern waren. Die Schuld an dieser Situation wurde nach bewährtem Muster "der jüdischen Gefahr", "sittlicher Orientalisierung und rassischer Judaisierung" und "jüdischliberaler Parteipolitik" zugeschoben.

Bei den Wahlen zur Deutschen Studentenschaft im Jahr 1931 erreichte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) an sämtlichen Wiener Hochschulen und Universitäten (Universität Wien, Technische Hochschule, Hochschule für Bodenkultur, Hochschule für Welthandel, Tierärztliche Hochschule) die erste Stelle. Das Gesamtergebnis an Mandaten für ganz Wien lautete: NSDStB 57, Deutsch-Katholische 30, Deutsch-Völkische 28.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt herrschte an den hohen Schulen Wiens eine von Nazistudenten geschürte Pogromstimmung, die sich in immer brutaler werdenden Übergriffen auf jüdische Studenten und politische Gegner entlud. Hörsäle wurden überfallen, jüdische (oder "jüdisch aussehende") Studenten durch die Gänge und über die Höfe gejagt, verprügelt, niedergeschlagen. Die Polizei, der aufgrund der Hochschulautonomie das Betreten von Universitätsgebäuden untersagt war, sah tatenlos zu. Am 28. Jänner 1932 wurden laut Polizeibericht "einzelne jüdische von gegnerischen - jedenfalls vorwiegend nationalsozialistischen - Studenten attackiert und durch Faustschläge und Fußtritte misshandelt, wobei die Angreifer Rufe wie Juden hinaus!' und dergleichen ausstießen". Nationalsozialisten sprengten die Vorlesung des austromarxistischen Theoretikers Max Adler und misshandelten "vor einem schweigenden Auditorium von Polizisten" (so das sozialdemokratische "Kleine Blatt") einige seiner Studenten. Von anderen Wiener Hochschulen wird von ähnlichen Vorfällen, von blutig verlaufenden



Studentenkrawalle an der Wiener Universität im Juni 1931 (aus dem sozialdemokratischen "Kleinen Blatt" vom 25. Juni 1931)

Schlägereien und "Raufexzessen" berichtet. An der Technischen Hochschule war ein Anschlagkasten der Sozialistischen Studenten Ort fortwährender Übergriffe und Prügeleien. Von den NS-freundlichen Hochschulbehörden wurde dafür durchwegs den sozialdemokratischen und jüdischen Hörern (Minderheiten an der Technischen Hochschule) die Schuld zugeschoben.

Anfang Juli 1932 verteilte die Deutsche Studentenschaft an der Universität Wien Flugblätter, die als offener Brief an den neu gewählten Dekan der medizinischen Fakultät abgefasst waren. Dieser wurde zur "Einsicht" und zum Rücktritt aufgefordert: "Nach wie vor steht die Deutsche Studentenschaft auf ihrem 1923 kundgetanen Standpunkt, dass Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, dass Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und dass die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen!" Für die deutsch-katholischen Studenten unterzeichnete Josef Klaus, ÖVP-Bundeskanzler von 1964 bis 1970, das antisemitische Flugblatt. Anfang Dezember 1932 kam es allerdings zu Auseinandersetzungen zwischen nationalen, waffentragenden Studenten und CVern, die damit endeten, dass die deutsch-katholischen Studenten aus der Deutschen Studentenschaft austraten.

Pogromstimmung

Die nationalsozialistischen Wahlerfolge vom April 1932 führten zu vehementen Forderungen nach einer Neuwahl des Nationalrats, nicht zuletzt auch, weil die Regierung Buresch über keine Mehrheit mehr im Parlament verfügte. Am 20. Mai 1932 wurde schließlich das Kabinett Dollfuß I angelobt, das sich neben dem deutschnationalen Landbund auf den faschistischen Heimatblock stützte und über eine hauchdünne Mehrheit von nur einer Stimme verfügte.

Den Einzug der nationalsozialistischen Gemeinderäte zur Eröffnungssitzung des neuen Wiener Gemeinderates am 24. Mai 1932 nutzten NS-Anhänger für Kundgebungen, die nach einem bereits bekannten Muster zu antisemitischen Ausschreitungen führten. Rund 2000 Demonstranten hatten sich rund um das Burgtheater angesammelt und brachten den NS-Mandataren "lebhafte Ovationen" dar. Die Nationalsozialisten wurden von der Sicherheitswache, die die Zugänge zum Rathausplatz abgeriegelt hatte, abgedrängt. Daraufhin attackierten die Nazis "jüdisch aussehende Passanten" und griffen einen Straßenbahnzug an. Ein rund dreißig Mann starker NS-Trupp drang in die Innere Stadt ein und zog durch die Juden-

gasse, in der sich hauptsächlich Geschäfte von jüdischen Altwarenhändlern und Trödlern befanden. Die vom Franz-Josefs-Kai kommenden Nationalsozialisten, so hieß es in einer Eingabe der Genossenschaft der Wiener Altwarenhändler, durchzogen "unter ohrenbetäubendem Gebrüll (...) diese schmalen Gassen, um schließlich vor einem dieser Geschäfte zum Angriff überzugehen". Mit Stöcken, Stangen und Holzprügeln griffen daraufhin einige der Händler und ihre Angestellten ihrerseits die Nationalsozialisten an, verletzten zwei von ihnen und vertrieben den Trupp.

Am Rande einer Demonstration für die Auflösung des Nationalrats am 27. Mai wollten Nationalsozialisten wiederum in die Judengasse eindringen, woran sie von der Sicherheitswache gehindert wurden. Auch der Versuch der Demonstranten, in die Leopoldstadt zu ziehen, misslang.

Am Montag, dem 30. Mai, waren die Wiener Universität, die Technische Hochschule und die Hochschule für Welthandel erneut Schauplatz von Nazikrawallen. Der Grund waren die Ereignisse, die sich am Freitagabend, 27. Mai 1932, in Innsbruck ("Saalschlacht von Hötting") und in Linz abgespielt hatten, wo es zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten jeweils zu schweren Massenschlägereien gekommen war. Unter den Rufen "Rache für Innsbruck" prügelten Nationalsozialisten Studenten und Studentinnen, die sie für jüdisch hielten, aus der Universität hinaus. "Im Laufschritt" wollten wenig später NS-Studenten die Judengasse überfallen – was aufgrund von Polizeimaßnahmen nicht gelang; acht Hochschüler, die es auf Umwegen trotzdem bis in die Judengasse geschafft hatten und "lärmend demonstrierten", wur-



Titelzeichnung des "Kleinen Blatts" vom 18. Oktober 1932, erschienen zwei Tage nach den Ausschreitungen in Wien-Simmering

den sogleich von den Geschäftsleuten angegriffen. Die latent pronazistische und antisemitische Stimmung in weiten Kreisen der Wiener Polizei kommt in einer Stellungnahme der Bundespolizeidirektion an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit zum Ausdruck, in der es zu den Zusammenstößen zusammenfassend heißt: "Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass es zu tätlichen Zusammenstößen auch infolge des aggressiven Verhaltens einiger Angestellter der Altwarenhändler in der Judengasse kam, welche nach Angabe einwandfreier Zeugen antisemitische Rufe der Nationalsozialisten zum Anlass nahmen, um sich sofort mit Stöcken bewaffnet auf die Gegner zu stürzen." Die Polizei hielt es den jüdischen Händlern in

der Judengasse offensichtlich vor, den Nazi-Schlachtruf "Juda verrecke!" persönlich genommen zu haben. Voller Empörung berichtete die "Reichspost" am 31. Mai 1932 von einer "jüdischen Stimmungsmache" im Ausland. In polnischen Zeitungen werde davor gewarnt, die Wiener Festwochen zu besuchen, da in Wien eine "Pogromstimmung" herrsche und polnische Besucher Gefahr liefen, "tätlich insultiert" zu werden.

Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und jugendlichen Sozialdemokraten - Schlägereien, Messerstechereien, "tätliche Insultationen" aller Art – waren in der Folge eine beinahe alltägliche Erscheinung. Eine Sonnwendfeier der NSDAP und des Deutschen Turnerbundes am Laaer Berg im zehnten Bezirk wurde beispielsweise von zahlreichen Gegendemonstranten - laut Polizeibericht "meist jugendlichen Kommunisten" – gestört. Der Führer der SA-Standarte berichtete, dass der aus SA-Leuten und zivilen Parteigenossen bestehende Zug von einer größeren johlenden Masse begleitet und des Ofteren mit Steinen beworfen wurde. Zu direkten Zusammenstößen sei es aber nicht gekommen, denn: "Der Sicherheitswache macht es viel Spaß, über die weiten Flächen und in den Höfen der Gemeindebauten auf die Ruhestörer wahre Treibjagden zu veranstalten." Schließlich sei der Brandplatz beschossen worden, die Polizei habe aber Attacken geritten und die Gegner vertrieben; ein Schuss habe einen Sicherheitswachebeamten verletzt. Im Überschwemmungsgebiet der Donau veranstalteten die Nationalsozialisten ebenfalls Sonnwendfeiern. Ein Marsch von rund 3000 Nationalsozialisten über den Schutzdamm zum Festplatz bei der Reichsbrücke rief rund 2000 Gegner auf den Plan, die von der Polizei auseinander gejagt wurden. Auf dem Heimweg von einer NS-Sonnwendfeier am Schafberg im 17. Bezirk stießen Nationalsozialisten mit Gegnern zusammen. Die Folge waren Tätlichkeiten, bei denen ein Nationalsozialist auf einen Sozialdemokraten schoss und ihn verletzte.

Gegen Ende Juni 1932 berichtete die Bundespolizeidirektion Wien "streng vertraulich" an den Bundeskanzler, dass in der Sozialdemokratischen Partei in den letzten
Wochen ein "deutlicher Zug zur Radikalisierung" festzustellen gewesen sei. Bei den Appellen des Schutzbundes
würde gefordert, "man möge zum Kampf gegen den
Faschismus endlich aus der Reserve heraustreten und zum
Angriff übergehen". Zudem habe man eine "Sozialistische
Jungfront" geschaffen. In der Folge dieser Radikalisierung
sei es in letzter Zeit zu immer häufiger werdenden "Überfällen" auf politische Gegner, vor allem Nationalsozialisten, gekommen.

Die Sicherheitswache habe in manchen Bezirken die Beobachtung gemacht, "dass sich des Nachts Gruppen sozialdemokratischer Parteigänger (...) in der offenbaren Absicht herumtreiben, heimkehrende Nationalsozialisten zu überfallen und zu misshandeln". Es gäbe sogar Bereitschaftslokale, von welchen diese Gruppen ausgesandt würden. Tatsächlich war es in bestimmten Gegenden Wiens nicht ratsam, mit NS-Parteiabzeichen oder SA-Uniform unterwegs zu sein. Für die Verteilung von Propagandamaterial schlossen sich die Nationalsozialisten daher häufig zu größeren Gruppen zusammen, manche nahmen scharfe Hunde mit, trugen Gürtel mit großen Schnallen, um diese im Falle des Falles als Waffen zu verwenden, hatten Schlagringe, Stahlruten, Knüppel und auch Pistolen dabei. Es war übliche Praxis, den Weg zu Parteiveranstaltungen in Zivil anzutreten und NS-Uniformen in einem Rucksack oder einer Tasche mit sich zu führen, um sich erst vor Ort entsprechend auszustaffieren.

Am späteren Abend des 30. Juni 1932 erreichte die frühsommerliche Gewaltwelle ihren Höhepunkt. Wie jeden Donnerstag fand im nahe der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten gelegenen Country-Club ein Tanzabend für die aus "wohlhabenden Gesellschaftskreisen und Kreisen der Diplomatie" stammenden Klubmitglieder statt. Gegen 22.30 Uhr kamen zwei unbekannte Männer zur Gartenterrasse und verlangten "im herausfordernden Tone" Bier. Sie wurden abgewiesen, weil nur Klubmitglieder bewirtet würden, wie man ihnen mitteilte. Fünf Minuten später stürmten plötzlich "etwa 40 meist jugendliche Individuen" unter dem Ruf "Deutschland erwache, Juda verrecke!" die Gartenterrasse und schlugen mit Holzknüppeln auf die Gäste ein, von denen viele verwundet wurden. Als der Klubsekretär zwei, drei Schüsse in die Luft abgab, zogen sich die Angreifer wieder in den Wald zurück. Deren Anführer rief den Gästen noch "Ein Andenken an die Nationalsozialisten!" zu.

Die Behörden konnten die Hintergründe rasch aufklären. Zwei Bezirksführer der SA hatten den Plan ausgeheckt, den SA-Leute aus dem neunten und 17. Bezirk unter Führung des Kommandanten der SS-Wache im Wiener NS-Parteihauptquartier ausführten. Man habe, so gaben die Täter bei der Polizei an, "lediglich die reichen jüdischen Mitglieder des Clubs erschrecken und einschüchtern wollen. Veranlassung zu dieser Aktion sei gewesen, dass man den Nationalsozialisten in letzter Zeit vielfach den Vorwurf gemacht habe, sie gingen nur gegen die armen Juden vor, dagegen würden die reichen Juden von ihnen verschont. Durch die Veranstaltung dieses Angriffs auf den genannten Club habe man den Beweis liefern wollen, dass dieser Vorwurf unberechtigt sei."

Die Herbstoffensive der Nationalsozialisten

Nach einem vergleichsweise ruhigen Hochsommer setzten die Nationalsozialisten ab Mitte September ihre Offensive fort. Am Sonntag, dem 18. September 1932, trat Joseph Goebbels als Redner in einer Massenveranstaltung in der Engelmann-Arena in Hernals auf. Am Vormittag hatten die Nationalsozialisten einen provokanten "Stafettenlauf" quer durch den Arbeiterbezirk Hernals veranstaltet, an dem rund 300 Mitglieder des Deutschen Turnerbundes, der SA, der SS und der HJ teilnahmen. Mit den lärmenden Demonstrationen, Zusammenstößen und Ausschreitungen, die stattfanden, war zu rechnen gewesen, und sie waren von den Nationalsozialisten wohl auch einkalkuliert worden. Die Veranstaltung in der Engelmann-Arena am Nachmittag besuchten rund 13.000 Besucher, um eine, wenn man der "Reichspost" glauben darf, wenig mitreißende Rede Goebbels' zu hören. Zur selben Zeit fand eine Festveranstaltung der Arbeitersänger im Wiener Stadion statt, die von 50.000 Zuschauern besucht wurde. Nach Abschluss der Veranstaltungen kam es an mehreren Punkten der Stadt zu "erbitterten Keilereien" zwischen Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Wehrsportlern.

Das Hauptereignis des Jahres aus Sicht der Wiener NSDAP sollte der vom 29. September bis zum 2. Oktober 1932 geplante, groß propagierte Gauparteitag werden. Ende September proklamierte die sozialdemokratische Parteiführung "Gegenmaßnahmen". Weil die NSDAP ihre Mitglieder aufgefordert hatte, während des Gautages demonstrativ Braunhemden und Hakenkreuzabzeichen zu tragen, sollten die Schutzbündler an diesen Tagen in ihren Uniformen, Mitglieder der Jungfront und der Arbeiterjugend in ihren blauen Blusen und alle übrigen Parteimitglieder mit dem "neuen Kampfabzeichen der drei Pfeile" in der Stadt unterwegs sein; für Samstag wurde zu "Massenkundgebungen gegen Faschismus und Reaktion" in fünf Gemeindehöfen aufgerufen. Man wolle

in Erinnerung bringen, dass Wien eine "rote Stadt" sei. Und tatsächlich dürften – wenn man den Berichten aus unterschiedlichen Quellen folgt – in diesen Tagen im Wiener Straßenbild blaue Blusen, Schutzbunduniformen und Drei-Pfeile-Abzeichen dominiert haben.

Während dieser vier Tage fanden zahlreiche gewalttätige Auseinandersetzungen statt, auf die hier nicht im Detail eingegangen werden kann. In den täglichen Berichten der Wiener Polizei werden für Donnerstag neun, für Freitag 15, für Samstag acht und für Sonntag zehn Zusammenstöße explizit erwähnt. Insgesamt wurden laut Polizei während des Parteitags 288 Personen, und zwar 192 Sozialdemokraten, 64 Nationalsozialisten und 19 Kommunisten, die übrigen

ohne bestimmte Parteizugehörigkeit, verhaftet; 17 Schutzwachebeamte, 97 Nationalsozialisten und 16 Sozialdemokraten erlitten Verletzungen "vorwiegend leichten Grades".

Selbst wenn man die nur oberflächlich verhüllte Parteilichkeit der Wiener Polizei in Rechnung stellt, zeigt sich, dass die Nationalsozialisten in Wien bei ihren gezielten Provokationen auf einen aggressiven, angriffsfreudigen Gegner trafen, der ihnen an Zahl und auch an Disziplin und Kampfkraft überlegen war. Vorwiegend jugendliche Sozialdemokraten und Kommunisten dürften von den Veranstaltungen des Parteitages heimkehrende Nationalsozialisten, sofern diese durch ihre "Vereinstracht" oder das Hakenkreuzabzeichen kenntlich waren, systematisch abgepasst und attackiert haben. Offensichtlich waren dafür richtiggehende Bereitschaftsdienste und Kommandos eingerichtet worden.

Einen ersten Höhepunkt erreichten die Gewalttätigkeiten am Freitag, dem 30. September, bei einer Sitzung des Wiener Gemeinderates. NS-Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld erklärte zu Beginn der Sitzung, dass seine Parteigenossen nicht gewillt seien, "mit den Vertretern der Plattenbrüder und Messerstecher beisammen zu sitzen". Der dann folgende geschlossene Auszug der Nationalsozialisten führte zu einem Wortwechsel mit Vertretern der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion, zu Tätlichkeiten und schließlich zu einer veritablen Saalschlacht. Laut dem sozialdemokratischen "Kleinen Blatt" hätten die Nationalsozialisten "Stahlruten, Gummiknüttel und Hundspeitschen" eingesetzt, allerdings schließlich "ihre Dresche" bezogen. Selbst die christlichsoziale "Reichspost" konzedierte, dass bei der "wilden Rauferei" – wohl von



Titelzeichnung des "Kleinen Blatts" vom 20. Dezember 1932, nach dem Tränengasattentat auf das Kaufhaus Gerngroß

NS-Seite – "Gummiknüppel oder ähnliche Instrumente verwendet wurden". Die anscheinend nicht adäquat bewaffneten Sozialdemokraten benützten daraufhin Tintenfässer, Aschenbecher und Stühle als Wurfgeschoße. Die Folge waren fünf verletzte Nationalsozialisten und drei verletzte Sozialdemokraten ("durchwegs klaffende Rissquetschwunden").

Am selben Nachmittag tauchten laut Polizeibericht angeblich "Gerüchte" auf, es sei aus dem sozialdemokratischen Verbandsheim in der Königseggasse (6. Bezirk) auf Nationalsozialisten geschossen worden. Daraufhin unternahm eine Gruppe Nationalsozialisten aus dem nahe gelegenen "Braunen Haus" den erfolglosen Versuch, das Gebäude zu stürmen. Aus dem Ver-

bandsheim fielen nun tatsächlich zwei Schüsse, die einen Polizisten am Fuß leicht verletzten. Man wird an diesen versuchten Sturm eines sozialdemokratischen Parteihauses denken müssen, wenn es um die Beurteilung der nervösen Reaktion der Schutzbündler im Simmeringer Arbeiterheim am 16. Oktober 1932 geht. Wenig später wurde vor dem Haus der Krankenkasse in der Gumpendorfer Straße geschossen; gegen 20 Uhr ereignete sich Ähnliches vor einem Gewerkschaftslokal in der Margaretenstraße im fünften Bezirk. Die Darstellung des "Kleinen Blatts", größere Trupps von Nationalsozialisten seien am späteren Freitagnachmittag ("um sich für ihre Blamage im Gemeinderat zu rächen") vom Parteihauptquartier aus gegen "Arbeiterhäuser" vorgegangen, klingt durchaus plausibel.

Als Höhepunkt und Abschluss des Gautages fand am Sonntag auf dem Heldenplatz eine Kundgebung mit 15.000 Teilnehmern statt, die anschließend über die Ringstraße zogen. An NS-Prominenz aus dem "Reich" waren Hermann Göring, Robert Ley, Julius Streicher und Hans Frank erschienen. Die im Übrigen geschlossen marschierenden SA- und SS-Einheiten hatten "im Sinne des Aufmarschverbotes" vorher ihre Uniformstücke abgelegt und weiße Hemden angezogen.

Laut Polizeibericht erfuhren nach Abschluss des Gautages in den zweiten Bezirk "heimkehrende" Nationalsozialisten wieder einmal von "Gerüchten", und zwar über angebliche Schüsse auf Parteigenossen aus einem Café in der Großen Sperlgasse. Sie rannten von der Taborstraße hin und stürmten das Lokal, in dem, so die Polizei, "kurz vorher eine jüdische Andachtsübung beendet worden war. Die im Lokale noch anwesenden Personen wehrten

die eindringenden Nationalsozialisten ab, indem sie gegen sie Sessel und andere Einrichtungsgegenstände schleuderten." Das Café wurde demoliert, fünf Fensterscheiben zerschlagen. Die Polizei verhaftete sämtliche Nationalsozialisten. Als die Verhafteten ins Bezirkspolizeikommissariat eskortiert wurden, schloss sich dem Zug eine wachsende Zahl von "politischen Gegnern" an, die Schmähungen riefen; aus dem ersten Stock eines Hauses schleuderte ein Schneidermeister einen Sessel auf die Nationalsozialisten.

Die den Polizeiangaben widersprechende Darstellung des "Kleinen Blatts", ein NS-Schlägertrupp sei nach Abschluss des Parteitages mit einem Autobus in die Leopoldstadt gefahren und hätte "jüdisch aussehende Leute" angegriffen, dürfte keineswegs aus der Luft gegriffen sein. Sie entsprach exakt der gängigen nationalsozialistischen Praxis der vorangegangenen Monate und Jahre. Derartige Übergriffe kamen keineswegs spontan zustande, sondern waren das Ergebnis einer nationalsozialistischen Politik der Gewalt, der gezielten Provokation und des Terrors, durch die ein Gefühl allgemeiner Verunsicherung verbreitet werden sollte.

Simmering, 16. Oktober 1932

Im Archiv der NSDAP Wien findet sich eine "Versammlungs- und Rednereinteilung für Oktober 1932". Nicht weniger als 108 Massenversammlungen, 63 "Sprechabende", zig Veranstaltungen anderen Typs und drei Musikumzüge waren vorgesehen, 201 Veranstaltungen insgesamt. Eine deutliche Schwerpunktsetzung auf bestimmte Bezirke ist nicht auszumachen, aber zumindest kann man das Bemühen erkennen, in Bezirken mit unterdurchschnittlichem NS-Anteil und erdrückender sozialdemokratischer Dominanz besonders forciert aufzutreten. In Ottakring sollten beispielsweise 25 und in Floridsdorf 18 Veranstaltungen stattfinden. Für Simmering, den weitaus schwächsten NS-Bezirk in Wien, waren in der ursprünglichen Einteilung nur drei Versammlungen vorgesehen, handschriftlich wurde für Sonntag, den 16. Oktober 1932, noch ein "Bezirkstag" mit Musikumzug und Massenversammlung ergänzt.

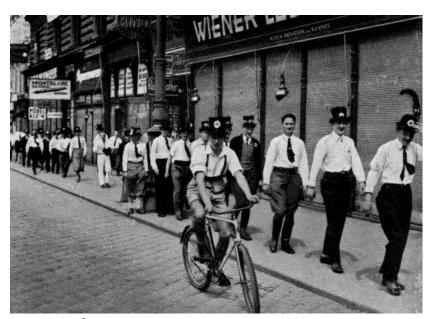
Veranstaltungsort war das Simmeringer Brauhaus in der Simmeringer Hauptstraße. Vor der eigentlichen Versammlung – mit Rednern wie Gauleiter Frauenfeld und Landesinspekteur Habicht – planten die Nationalsozialisten einen Werbemarsch durch die Kerngebiete des erzroten Bezirks – in der angespannten Lage eine geradezu unerträgliche Provokation für die Sozialdemokraten. Zur gleichen Zeit, am Sonntagvormittag, fanden in der Engelmann-Arena ein "Christlichsozialer Volkstag" und auf dem Heldenplatz eine Massenveranstaltung des Österreichischen Heimatschutzes mit anschließendem

Marsch über die Ringstraße statt. Ein Großteil der Wiener Polizei wurde bei diesen Veranstaltungen eingesetzt, sodass für den NS-Bezirkstag in Simmering relativ wenige Sicherheitswachebeamte zur Verfügung standen.

Gegen 9.30 Uhr setzte sich der Zug - bestehend aus zwei Musikkapellen, rund 650 SA- und achtzig bis hundert SS-Leuten, gefolgt von weiteren Nationalsozialisten in Zivil sowie Gegnern - vom Simmeringer Brauhaus aus Richtung Zentralfriedhof in Bewegung. Bei der Kaiserebersdorfer Straße machte man kehrt, bog dann in die Braunhubergasse und dort in die von mehreren großen Gemeindebauten gesäumte Lorystraße ein - Parolen wie "Deutschland erwache!", "Heil Hitler!", "Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!", "Wer macht uns frei? Die Hitlerpartei!" brüllend. Vor allem bei den Gemeindehäusern wurden die Nationalsozialisten mit wütenden Protesten empfangen; aus Fenstern flogen Gegenstände auf die Marschierenden, die zudem vom Straßenrand aus beschimpft und mit Steinen beworfen wurden. Schließlich bogen die Nationalsozialisten in der Hauffgasse ab, und über die Simmeringer Hauptstraße ging es zurück zum schräg gegenüber dem Enkplatz liegenden Brauhaus. Am Ende des in die Länge gezogenen Zuges spitzte sich die Lage zu; allerdings lässt sich über die gewalttätigen Auseinandersetzungen auf Basis der vorhandenen Dokumente kein eindeutiges Bild gewinnen. Die Kämpfe mit Fäusten, Knüppeln, Stangen, Steinen, Leibriemen und Messern zogen sich in die unmittelbare Nähe des Bezirkssekretariats der Sozialdemokratischen Partei ("Arbeiterheim") in der Drischützgasse 4. In der Lorygasse drängten Sozialdemokraten einige Nationalsozialisten in die Drischützgasse ab, wo diese anscheinend aus dem Parteihaus heraus von der Schutzbund-Besatzung angegriffen wurden. Die zahlenmäßig schwache Polizei war nicht in der Lage, die Gegner zu trennen und die Straßen von den Kämpfenden zu säubern.

Wieso es zu den Schüssen aus dem Arbeiterheim kam, ist ungeklärt. Vielleicht hatte die hier in Bereitschaft stehende Schutzbundeinheit gemeint, vom Brauhaus zur Unterstützung "bedrängter Parteigenossen" über den Enkplatz heranstürmende SA-Leute hätten die Absicht, das Arbeiterheim zu überfallen. Möglicherweise war ein im ersten Stock des Hauses irrtümlich ausgelöster Schuss von den "riesig aufgeregten" und "momentan kopflosen" Schutzbündlern als Schuss auf das Arbeiterheim interpretiert worden – und hatte so die Salven durch die geschlossenen Fenster hervorgerufen. Überliefert ist, dass "die Nazis schießen herein!" gerufen wurde.

Aus dem Arbeiterheim setzte jedenfalls Dauerfeuer ein. Als Erster starb der Sicherheitswachebeamte Karl Tlasek, ein Sozialdemokrat, dessen Brüder Mitglieder des Schutzbundes waren. Die von der "Arbeiterzeitung" und dem "Kleinen Blatt" verbreitete Version, Tlasek habe sich den angreifenden Nationalsozialisten entgegengestellt



Straßenbummel der Wiener SA im Frühjahr 1933 – wegen des Uniformverbots trugen die Nazis eine einheitliche Kostümierung, wegen des Aufmarschverbots konnten sie den Gehsteig nicht verlassen

und sei von diesen erschossen worden, ist nicht plausibel und konnte vor Gericht nicht bewiesen werden. Laut Staatsanwalt hatte Tlasek bei dem Versuch, die Drischützgasse gegen Nationalsozialisten abzusperren, die in die Schlägereien vor dem Parteiheim eingreifen wollten, eine Rechtswendung gemacht – und war in diesem Augenblick von der "absolut tödlichen" Kugel getroffen worden. Nach dem Obduktionsbefund muss der Schuss auf Tlasek aus dem ersten Stock des Arbeiterheims abgefeuert worden sein. Trotzdem wird die Version, Tlasek sei von Nationalsozialisten ermordet worden, von den Simmeringer Sozialdemokraten bis heute tradiert.

Die Schüsse der Schutzbündler wurden von den Sicherheitswachebeamten und zumindest zwei Nationalsozialisten erwidert, die hinter Alleebäumen, umgeworfenen Gartenbänken und der Gartenmauer der gegenüberliegenden Schule Schutz suchten. Im Kugelhagel aus dem SDAP-Bezirkssekretariat starben zwei SA-Leute. Eine 58jährige Hausbesorgerin wurde auf der Suche nach ihrem Enkelkind in der Lorystraße von einer verirrten Polizeikugel im Bauch getroffen und starb zweieinhalb Monate später im Spital an den Folgen dieser Verletzung. Das Feuergefecht hörte erst nach circa 25 Minuten auf; anschließend drang die Polizei in das Parteiheim ein, worauf es im Inneren des Gebäudes zu wilden Schlägereien mit zahlreichen Verletzten kam. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung beschlagnahmte die Polizei eine große Menge an Waffen und verwüstete die Einrichtung. Insgesamt wurden in Simmering vier Menschen getötet sowie 18 Nationalsozialisten, 26 Sicherheitswachebeamte und weitere rund dreißig Personen (darunter zahlreiche Sozialdemokraten) verletzt.

Bemerkenswert ist, dass sich unter den von der Polizei namentlich aufgelisteten getöteten oder verletzten SA- und SS-Angehörigen kein Einziger befand, der im elften Bezirk wohnhaft war; fünf stammten aus dem 21. Bezirk (Floridsdorf), vier aus dem benachbarten dritten Bezirk (Landstraße), die restlichen aus sieben weiteren Wiener Gemeindebezirken. Sie waren zwischen 19 und 32 Jahre, im Schnitt 23,7 Jahre alt; elf von den 16, deren Geburtsjahr in der Auflistung angegeben ist, waren 23 Jahre oder jünger.

Am 22. Oktober inszenierten die Nationalsozialisten das Begräbnis der beiden getöteten SA-Männer als politische Demonstration, an der laut Polizeiangaben 7500 Trauergäste teilnahmen. An der Spitze des Zuges fuhren 46 Motorräder und zwölf Autos; im Zug befanden sich 2000 SA-Männer, zahl-

reiche Hitlerjungen, 200 Mandatare und Funktionäre der NSDAP sowie Vertreter von Hochschulkorporationen und prominente Universitätsprofessoren.

Die Lage in Österreich war nach diesen Ereignissen explosiv wie nie zuvor. Dass Dollfuß am 17. Oktober den Heimwehrführer Emil Fey zum Staatssekretär für Sicherheitswesen ernannte, wurde von den Sozialdemokraten als besonderer Affront angesehen. Fey erließ sogleich ein Uniform- und Aufmarschverbot, das allerdings nur für Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten galt, nicht jedoch für Christlichsoziale und Heimwehr. Einen entscheidenden Schritt hin zu autoritären Regierungsmethoden wagte die Regierung noch nicht. Aber bezeichnenderweise veröffentlichte die christlichsoziale "Reichspost" am 19. Oktober 1932 - drei Tage nach den Ereignissen - auf der ersten und zweiten Seite einen ausführlichen Kommentar von Sektionschef Dr. Robert Hecht über die Gültigkeit des am 1. Oktober 1932 erstmals angewandten Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus 1917 - und wies so den Weg, den die weitere Entwicklung nehmen sollte.

Nationalsozialistische Studenten nahmen die Simmeringer Ereignisse zum Anlass, die Wiener Hochschulen ab Montag, 17. Oktober 1932, neuerlich in einen Ausnahmezustand zu versetzen. Tag für Tag veranstalteten sie Jagden auf jüdische, sozialdemokratische und kommunistische Studenten und Studentinnen. Am 26. Oktober wurden am Anatomischen Institut in der Währinger Straße laut Polizeiangaben zwölf Personen verletzt. Das "Kleine Blatt" verzeichnete noch höhere Verletztenzahlen, nämlich zwei Schwer- und 16 Leichtverletzte am Anatomischen Institut und bei den nachfolgenden Übergriffen

im Universitätshauptgebäude weitere neun Verletzte. Und "natürlich" habe die Polizei den "Hakenkreuzlern nichts getan". Die "Reichspost" berichtete von insgesamt 15 verletzten Studenten. Jedenfalls entschloss sich der Rektor endlich, die Universität zu sperren – nicht zuletzt, weil sich unter den Verletzten vier amerikanische Studenten befunden hatten und der Gesandte der USA schärfsten Protest eingelegt hatte.

Der Tränengasanschlag auf das Kaufhaus Gerngroß

Im Dezember 1932 startete die NSDAP in Deutschland und Österreich eine Boykottaktion gegen jüdische Warenhäuser und Kaufleute. Flugblätter und Streuzettel mit Parolen wie "Kauft nicht bei Juden!", "Bei Einkäufen denk stets daran: Nie bei Juden kaufen!", "Keinen Groschen den Nachkommen derer, die unseren Heiland Jesus Christus kreuzigten!" wurden in Wien Mitte Dezember in großer Zahl ausgestreut, aufgeklebt und verteilt. Nach Protesten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft kam es zur Beschlagnahme dieser Flugblätter.

Rund um den 16. Dezember setzte eine verschärfte antijüdische Agitation ein. In der Nacht zum 17. Dezember (Samstag) beklebten Nationalsozialisten jüdische Kaufhäuser mit einschlägigen Flugblättern; im siebten Bezirk beschmierten sie eine Reihe von Geschäften mit Parolen und beschädigten Auslagenscheiben mit einer ätzenden Flüssigkeit. Am Morgen des vierten Adventsonntags, am 18. Dezember, waren zahlreiche Einkaufsstraßen Wiens mit antisemitischen Streuzetteln bedeckt, wobei es die "Reichspost" besonders erbitterte, dass viele

dieser Streuzettel vor nichtjüdischen Kaufhäusern ausgestreut worden waren, "sodass das Publikum über den Charakter dieser Geschäfte irregeführt wurde". An diesem sogenannten Goldenen Sonntag, an dem die Kaufhäuser für Weihnachtseinkäufe geöffnet waren, versuchten SA-Leute, in verschiedenen Wiener Einkaufsstraßen zu demonstrieren und die Passanten vor jüdischen Kaufhäusern einzuschüchtern, wurden aber von der Polizei vertrieben. Gegen 16 Uhr, zur Stunde der höchsten Frequenz, als das Warenhaus Gerngroß in der Mariahilfer Straße dicht mit Kaufund Schaulustigen gefüllt war, machte sich, so hieß es im "Kleinen Blatt", "plötzlich ein penetranter, stechender Geruch bemerkbar", der bei einigen Besuchern und Angestellten "schwere Erstickungsanfälle" auslöste. Der Ruf "Feuer, Feuer!" dürfte dann eine gewisse

Panik oder zumindest ein "heilloses Wirrwarr" verursacht haben. Die Menschen drängten panisch ins Freie; einige Personen erlitten im dichten Gedränge leichte Verletzungen.

Es gelang relativ schnell, die Hintergründe der Tat aufzudecken. Die Aktion war von den Nationalsozialisten von langer Hand vorbereitet und vom "Braunen Haus" aus gesteuert worden. Haupttäter war der 24-jährige SS-Mann Max Grillmayer, der sich in den Folgemonaten als zu allem bereiter, rücksichtsloser Terrorist erweisen sollte. Er hatte auf Befehl des Wiener SS-Führers Josef Fitzthum gehandelt. Das Tränengas hatte Grillmayer am 17. Dezember im Heizhaus der NS-Zentrale in der Hirschengasse in Glasampullen gefüllt. Am darauf folgenden Sonntag trafen sich gegen 14.45 Uhr rund zwanzig SS-Leute in Zivil in der Hirschengasse, wo jeder einige der Tränengasampullen erhielt, mit dem Befehl, diese um Punkt 16 Uhr im Kaufhaus Gerngroß auszustreuen.

Vor Gericht gab Grillmayer an, er habe in Wien "überall nur jüdische Geschäfte, jüdische Warenhäuser" gesehen "und die bodenständigen Kaufleute zurückgedrängt in die Nebengassen". Nun sei er auf die Idee gekommen, Stinkbomben zu werfen, "die jüdische Presse werde schon den richtigen Wirbel daraus machen, damit die Bevölkerung aufmerksam werde". Den konkreten Plan habe er gemeinsam mit Standartenführer Fitzthum entwickelt. Tatsächlich aber war es an diesem Tag in mehreren deutschen Städten zu ähnlichen Anschlägen gekommen (oder es waren diese zumindest versucht worden). Offensichtlich war die SS in Deutschland und Österreich in ihrem Terror gegen jüdische Geschäftsleute konzertiert vorgegangen.



Wien im Mai 1933: Studentinnen und Studenten flüchten über Leitern vor Naziübergriffen aus dem Anatomischen Institut der Universität Wien in der Währinger Straße

Von der Depression zur Siegeseuphorie

Zum Jahreswechsel 1932/33 schien es, als sei der nationalsozialistische Furor gebrochen. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 hatte die NSDAP in Deutschland zwei Millionen Stimmen verloren, in Österreich bei den Landtagswahlen in Vorarlberg ein mäßiges Ergebnis eingefahren; und allgemein ließ sich ein deutlicher, auch zählbarer Rückgang in der Begeisterung für die Partei registrieren. Als relativ instabile Protestbewegung war die NSDAP zu diesem Zeitpunkt – nach dem erfolglosen Anrennen gegen das "System" – bereits vom Zerfall bedroht.

Ein Eindringen in sozialdemokratische Milieus in Wien (anders als in den Bundesländern) war den Nationalsozialisten – so ließ sich gegen Jahresende 1932 sagen – nicht gelungen. Anfang Oktober 1932 wurde der Obersten SA-Führung ein Gesamtstand der SA-Untergruppe Wien von 2172 Mann gemeldet, Anfang Juli 1932 waren es 2115 Mann gewesen – im Vergleich zur vorangegangenen stürmischen Entwicklung zweifellos eine Stagnation. Der Republikanische Schutzbund in Wien war hingegen zwischen Jänner 1932 und Februar 1933 von 17.637 auf 21.011 Mann angewachsen, hatte also innerhalb eines Jahres um beinahe zwanzig Prozent zugelegt. Der Mannschaftsstand der Wiener SA betrug 1932 demnach nur rund ein Zehntel des Schutzbundes.

In den Beständen des Archivs des NS-Gaus Wien finden sich durchaus realistisch klingende, nüchterne Einschätzungen der Lage durch SA-Führer. Durch die Bank jammerten sie über die mangelhafte Finanzierung. Nach Abzug aller Fixkosten standen einer SA-Standarte mit über tausend Mann im September 1932 nur rund 130 Schilling zur Verfügung; in manchen Stürmen fehle sogar das Geld für Briefmarken. Die SA sei mit Außendienst "überbürdet", zwanzig bis 25 Prozent der unteren Führer seien ihrer Aufgabe nicht gewachsen und müssten ersetzt werden (zumindest nach der Einschätzung eines der beiden Standartenführer), es herrsche "ausgesprochener Führermangel". Immer wieder gelänge es den Sozialdemokraten, "Spitzel und Provokateure in die SA hineinzuschmuggeln".

Der Führer der SA-Standarte 24 schickte am 1. Oktober 1932 die folgende Einschätzung der Gegner an die Oberste SA-Führung: "Die Tätigkeit des Rep. Schutzbundes sowie aller anderen Gliederungen der SPÖ hat sich in der letzten Zeit ganz erheblich gesteigert. Beobachtungen zeigen, dass der einzelne Mann im Rep. Schutzbund, vom rein militärisch-technischen Standpunkt aus gesehen, dem SA-Mann im Durchschnitt überlegen ist. (...) Der Angriffsgeist des Gegners, der seit dem 15.7.27 lange vermisst wurde, macht sich in letzter Zeit – bedingt durch unsere eigene erhöhte Tätigkeit (Gautag Wien) – wieder bemerkbar. Mehrfache Untersuchungen

bestätigen die Annahme, dass SPÖ und KPÖ zumindestens bei Durchführung von Terrorakten gemeinsam und planmäßig gegen SA vorgehen." Der Führer der Standarte 4 konstatierte eine "ungeheure Tätigkeit" der marxistischen Gruppen. "Durch die Presse und durch mündliche Hetze zur äußersten Erbitterung gesteigert, nimmt der Kampf gegen die Bewegung, besonders aber gegen die SA, immer schärfere Formen an. Von einem Abbröckeln dieser Front ist gegenwärtig nichts zu bemerken." Die Formationen der Heimwehren und der Christlichsozialen seien ebenfalls bestrebt, "den Vormarsch des Nationalsozialismus aufzuhalten", wenngleich "dieser Kampf nicht gerade mit dem Messer geführt" werde.

Erst die sogenannte Machtergreifung am 30. Jänner 1933 ließ die Stimmung der Wiener Nationalsozialisten umschlagen. Sie reagierten einen Tag nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit hastig einberufenen Massenveranstaltungen, zu denen insgesamt 7500 Besucher erschienen; bei sozialdemokratischen Protestveranstaltungen an diesem Tag zählte die Polizei 4500 Besucher. Am darauf folgenden Mittwoch, dem 1. Februar 1933, veranstaltete die NSDAP um 18 Uhr auf dem Karlsplatz eine "Siegesfeier" mit mehr als 12.000 Teilnehmern und anschließend einen Fackelzug über den Ring bis zum Platz vor der Votivkirche, der laut Polizei von rund 18.000 "Parteifreunden und Neugierigen" vom Straßenrand aus beobachtet wurde. Auf der Straße nach Veranstaltungsschluss zusammengeworfene Fackeln, die hell aufloderten, wurden jubelnd umringt und als "Freudenfeuer" oder auch "Judenfeuer" bezeichnet. Bei der sozialdemokratischen Massendemonstration "Gegen Hitler und Hunger! Für Freiheit und Brot" am 11. Februar zählten die sozialdemokratischen Blätter 200.000 Demonstranten, die "Reichspost" fand die Beteiligung "nicht gering, wenngleich weit schwächer als bei früheren ähnlichen Anlässen". Dem Polizeibericht sind erstaunlicherweise keine Teilnehmerschätzungen zu entnehmen.

Der Weg in die Diktatur

Die Entwicklung der folgenden Monate änderte die politischen Auseinandersetzungen in Wien (und in ganz Österreich) grundlegend – was die Frontstellungen und die Art und Weise des politischen Kampfes betrifft. Das Hauptaugenmerk der Nationalsozialisten, die sich mit der Machtübernahme in Deutschland auch in Österreich knapp vor dem Ziel sahen, richtete sich selbst im "marxistisch" regierten Wien nach und nach auf die nun endgültig auf einen autoritären, von Italien gestützten Kurs einschwenkende Bundesregierung. Mit zunehmender Frequenz finden sich ab Jahresbeginn 1933 Berichte von Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Heimwehrangehörigen. Das von der Regierung am 7.

März 1933 erlassene Versammlungs- und Aufmarschverbot veranlasste die Nationalsozialisten sukzessive zu neuen Kampfformen; an die Stelle von gewalttätigen Demonstrationen, Versammlungssprengungen, provokanten Werbeumzügen und Straßenschlachten traten vorerst anarchisch-subversive Aktionen, später dann Sabotage, Mordattentate und offener Bombenterror. Die Sozialdemokratische Partei antwortete auf den Verfassungsbruch durch die Regierung Dollfuß am 7. März 1933 verbal scharf, setzte aber nicht ihre ultimativen Kampfmittel ein – proklamierte also weder den Generalstreik noch ließ sie den Republikanischen Schutzbund "marschieren". Diese sozialdemokratische Defensivtaktik als Antwort auf eine Politik des schleichenden Übergangs in die Diktatur schwächte und zermürbte schließlich gemeinsam mit der wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit - die sozialdemokratischen Kernmilieus, die sich in Wien und auch in den sozialdemokratischen Hochburgen in den Bundesländern in den vorangegangenen Jahren als äußerst widerständig und aggressiv abwehrbereit erwiesen hatten.

Sogleich mit der Proklamation der Regierung vom 7. März 1933, fortan ohne Parlament auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes regieren zu wollen, registrierte die Wiener Polizei praktisch täglich "Demonstrationsspaziergänge", "Bummel", "Autofahrten", "Pressewerbung" (Werbung für die Parteipresse anstatt direkter politischer Werbung) und Ähnliches. Als am 21. März 1933 die 16 wegen der Simmeringer Ereignisse vom 16. Oktober 1932 angeklagten Schutzbündler von einem Geschworenengericht freigesprochen wurden, kam es sogleich zu nationalsozialistischen Protestdemonstrationen gegen das Urteil. Am nächsten Morgen sammelten sich im Universitätshauptgebäude, am Anatomischen Institut und an weiteren Hochschulen nationalsozialistische Studenten, die Parolen wie "Juda verrecke!" und "Rache für Simmering!" brüllten. Unmittelbare Folgen waren Krawalle und Übergriffe auf sozialdemokratische und jüdische Studenten. Der Nationalsozialistische Studentenbund proklamierte eine "judenfreie" Woche.

Wertet man die vermutlich keineswegs vollständigen Berichte der Wiener Polizei über Demonstrationen, Demonstrationsspaziergänge, Bummel, verbotene Versammlungen, Ausschreitungen, Protestkundgebungen und ähnliche Aktionen aus, so ergibt sich für den Zeitraum vom 9. März bis zum 29. Mai 1933 eine Zahl von 1784 Verhaftungen (bzw. "Anhaltungen"). Während sich im März und April das Hauptaugenmerk der Polizei bei den Verhaftungen noch auf die Linken konzentrierte, waren es ab Mai 1933 die Nationalsozialisten, die es hauptsächlich traf. Allein bei der "Türkenbefreiungsfeier" der Heimwehren am 14. Mai 1933 nahm die Polizei 530 Verhaftungen vor (davon 409 Nationalsozialisten und 58 Sozialdemokraten).

	März 1933	April 1933	Mai 1933	Gesamt
Nationalsozialisten	179	31	547	757
Sozialdemokraten und Kommunisten	415	166	103	684
Heimwehr	0	1	0	1
Verhaftete ohne Angaben der Parteizugehörigkeit	8	263	71	342
Gesamt	602	461	721	1784

Verhaftete bei politischen Demonstrationen und Auseinandersetzungen in Wien vom 9. März bis zum 29. Mai 1933

Weiters ergibt die Auswertung für den erwähnten Zeitraum insgesamt 112 Verletzte unterschiedlichen, meist leichteren Grades. Darunter befanden sich neben drei Unbeteiligten vier Sicherheitswachebeamte, fünf Heimwehrleute, sechs katholische Studenten sowie ein weiterer "Vaterländischer", somit insgesamt 16 Verletzte auf Regierungsseite. Aufgrund der manchmal unklaren Differenzierungen in den Berichten lassen sich Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten nicht immer deutlich unterscheiden, zusammen hatte dieses Lager 55 Verletzte aufzuweisen (also die Hälfte aller Opfer), davon wohl an die vierzig Juden, zumeist jüdische Studenten und Studentinnen, die an den Hochschulen den Nazi-Prügeltruppen in die Hände gefallen waren. Weiters weisen die Berichte 38 verletzte Nationalsozialisten aus. Zu einem Drittel und mehr waren die Opfer der politischen Auseinandersetzungen dieser Monate in Wien also Juden, gegen die sich die nationalsozialistische Aggression primär richtete. (Zu den genannten Zahlen ist explizit anzumerken, dass es sich keineswegs um eine vollständige Statistik handelt, denn erstens dürfte die Polizei längst nicht alle Verletzten registriert haben, und zweitens sind erfahrungsgemäß nicht alle diesbezüglichen Polizeiberichte in dem ausgewerteten Archivbestand vorhanden.)

Am Abend des 28. März 1933 veranstalteten die Nationalsozialisten ausgedehnte "Demonstrationsspaziergänge" in der Inneren Stadt, die schließlich zu Ausschreitungen an verschiedenen Punkten Wiens führten. Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen. Laut "Kleinem Blatt" war der Stephansplatz längere Zeit von einer "tobenden Menschenmenge besetzt, die sich die Zeit mit Sprechchören vertrieb", bis sich die Polizei endlich zum Einschreiten entschloss. Aus dem ersten Bezirk vertriebene NS-Gruppen durchstreiften anschließend die Stadt, um Auslagenscheiben von Kaufhäusern und Cafés einzuschlagen, die sie für "jüdisch" hielten, Straßenbahnzüge anzuhalten und die Fahrgäste zu beflegeln; wie gewöhnlich wurden "jüdisch aussehende Passanten" misshandelt und Autos mit "Insassen jüdischen Aussehens" angehalten, um diese zu schlagen. Am folgenden Tag geleiteten die Nationalsozialisten die wegen des Tränen-



Das Geschäftslokal des Juweliers Norbert Futterweit in der Meidlinger Hauptstraße nach dem Bombenanschlag vom 12. Juni 1933

gasanschlages auf das Kaufhaus Gerngroß Angeklagten nach Beendigung der Gerichtsverhandlung im Triumphzug in das "Braune Haus". Die Hauptangeklagten hatten geringfügige Strafen erhalten, die mit der Untersuchungshaft bereits verbüßt waren. Als die Sicherheitswache am selben Abend sozialdemokratische Demonstrationsversuche im dritten Bezirk unterband, wurde sie aus den Fenstern von Gemeindehäusern mit Steinen beschossen.

Als Antwort auf das Verbot des Republikanischen Schutzbundes am 31. März organisierten die Sozialdemokraten Bummel in sämtlichen Wiener Bezirken mit vermutlich Zehntausenden Teilnehmern. Zu nachdrücklicheren Gegenmaßnahmen konnte sich die Führung der SDAP allerdings nicht durchringen.

Die Chronik der politisch motivierten Gewalttaten, Zusammenstöße, Schlägereien, Demonstrationen des Frühjahrs 1933 in Wien ist schier endlos. Im April setzte sich die Welle der verbotenen Demonstrationen und Aufmärsche fort. Einen "Tag der Musikpflege" am 23. April nutzten Nationalsozialisten und Sozialdemokraten für "getarnte Aufmärsche", wie die "Reichspost" empört berichtete. Insgesamt verhaftete die Polizei 43 Sozialdemokraten und 25 Nationalsozialisten. Am selben Tag fanden in Innsbruck Gemeinderatsergänzungswahlen statt, die die Nationalsozialisten mit 41,2 Prozent zur stärksten Partei machten; die Innsbrucker Sozialdemokraten hatten binnen zwei Jahren beinahe 14, die Christlichsozialen beinahe acht Prozent verloren. Zwei Wochen später erließ daraufhin die gerade umgebildete Regierung Dollfuß "zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen während der Fremdensaison" ein allgemeines (später verlängertes) Verbot von Wahlen bis Oktober 1933.

Zum Exzess steigerten sich die pogromartigen Krawalle an den Hochschulen am 9. Mai 1933. Laut Polizei-

bericht kam es an diesem Dienstagvormittag am Anatomischen Institut in der Währinger Straße zu "tätlichen Konflikten zwischen nationalen und jüdischen bzw. sozialistischen Studenten". Das "unter Vorzensur" stehende "Kleine Blatt" schrieb, dass die Nationalsozialisten das ganze Haus besetzten und "systematisch alle Studenten, die den Nazi nicht zu Gesicht standen", mit Totschlägern, Gummiknütteln und Sesselbeinen angriffen. Einige verbarrikadierten sich im Hörsaal, erlagen aber schließlich der Übermacht; manche sprangen in ihrer Angst aus dem Hochparterre ins Freie und verletzten sich dabei; andere konnten über rasch organisierte Leitern flüchten. 21 Studenten meldeten sich anschließend auf der Unfallstation mit Verletzungen, fünf von ihnen hatten Knochenbrüche oder schwerere Kopfverletzungen erlitten. Die von der Währinger Straße abgedrängten Studenten versuchten schließlich, in das

Universitätshauptgebäude einzudringen, was zum Teil gelang und dort dazu führte, dass vier Personen verletzt wurden. Auf der Straße erhielten die NS-Studenten "Zulauf durch hochschulfremde Gesinnungsgenossen", mit denen sie randalierend in der Stadt herumzogen. Die Polizei meldete insgesamt dreißig Verletzte sowie zwölf Verhaftungen.

Am nächsten Vormittag wurde die Technische Hochschule zum "Kriegsschauplatz". Eine Gruppe nationalsozialistischer Studenten stürmte die Aula und fiel mit Stöcken, Stahlruten, Fäusten und Gummiknütteln über jüdische Studenten sowie eine Gruppe von Heimwehrstudenten her. Ergebnis: vier Verletzte, einer davon schwer. Schließlich warf vermutlich ein NS-Student eine Tränengasbombe, was zur fluchtartigen Räumung der Aula führte. Am Nachmittag ließ der Rektor eine Kundmachung anschlagen, in der er die Studenten mahnte, "besonnen" zu bleiben, weil derartige Vorkommnisse in der Öffentlichkeit "aufgebauscht" werden könnten.

Politische Zusammenstöße in Wien

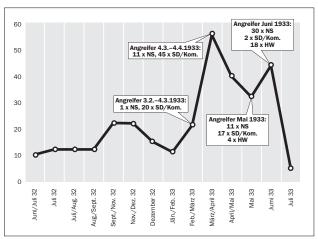
Zwischen Mitte Juni 1932 und Ende Juli 1933 sandte die Wiener Polizei in unregelmäßigen Abständen Sammelberichte über leichtere Fälle von "Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern" an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Über hervorstechende und schwere Fälle wurde jeweils gesondert berichtet (zum Beispiel die Zusammenstöße rund um den NS-Gauparteitag 1932, die Simmeringer Ereignisse, die Hochschulkrawalle etc.). Diese Aufstellungen lassen viele Fragen offen, zum Beispiel nach den Kriterien, nach denen "Angreifer" definiert wurden, oder nach der Parteilichkeit der bereits im bedroh-

lichen Ausmaß nationalsozialistisch durchsetzten Wiener Polizei. Aber ihre serielle Auswertung lässt trotzdem signifikante Aussagen über die politische Gewalt und ihre Stoßrichtung im Wien der Jahre 1932 und 1933 zu.

In den knapp dreizehneinhalb Monaten wurden von der Polizei 314 Fälle von begrenzten politischen Zusammenstößen leichterer Natur registriert. Dabei zählte man 162 verletzte Nationalsozialisten, 54 verletzte Sozialdemokraten, drei verletzte Kommunisten und 16 verletzte Angehörige der Heimwehr oder andere "Vaterländische"; rund 600 Personen wurden aus diesen Anlässen polizeilich "angehalten".

Angreifer waren laut Polizei in 29 Prozent der Fälle Nationalsozialisten und in 56 Prozent der Fälle Sozialdemokraten (weiters: Kommunisten 6 Prozent, Heimwehrangehörige 9 Prozent). Ihren Höhepunkt erreichten die Zusammenstöße zwischen 4. März und 4. April 1933 mit 56 gezählten Fällen in ganz Wien; vom 5. April bis 3. Mai waren es vierzig Fälle, im restlichen Mai 32 und im Juni 44 Fälle. In den dreieinhalb Monaten zwischen der vom Dollfuß-Regime so bezeichneten "Selbstausschaltung" des Parlaments und dem Verbot der NSDAP in Österreich registrierte die Wiener Polizei demnach beinahe 200 politische Zusammenstöße mit 132 Verletzten und 331 Verhafteten.

Im Laufe des Mai 1933 änderte sich das Muster der Auseinandersetzungen entscheidend. Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten/Kommunisten und Nationalsozialisten gingen zurück und hörten bald ganz auf, hingegen verzeichnete die Polizei ab diesem Zeitpunkt immer häufiger Zusammenstöße zwischen Heimwehrangehörigen und Nationalsozialisten.



Politische Zusammenstöße in Wien von Juni 1932 bis Juli 1933

Die Gründe für die rapide nachlassende Angriffslust der Sozialdemokraten? Zum einen war es wohl die zermürbende Hinhaltetaktik der eigenen Parteiführung. Zum anderen ging die Motivation zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus durch die schleichende Faschisierung der österreichischen Regierung sukzessive verloren. Man sah in den Nationalsozialisten in der gegebenen Situation nicht mehr den Hauptfeind.

Die weitere Entwicklung bis zum Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933 soll hier nur gestreift werden. Der Besuch des deutschen "Reichsjustizkommissars" Hans Frank und dessen Ausweisung nach einigen Tagen führte Ende Mai zur "Tausendmarksperre", einer deutschen Boykottmaßnahme gegen den österreichischen Fremdenverkehr. Die Auseinandersetzungen im Inneren eskalierten daraufhin. Die Nationalsozialisten antworteten auf verschärfte Maßnahmen der österreichischen Regierung mit Mordanschlägen und Bombenterror. Wien, im österreichweiten Vergleich keineswegs eine Hochburg der Nationalsozialisten, wurde als Hauptstadt und Machtzentrum des Landes zum Schauplatz besonders schwerer Anschläge.

Am Montag, dem 12. Juni 1933, betrat gegen 10.30 Uhr ein etwa dreißigjähriger Mann das Juweliergeschäft des Norbert Futterweit in der Meidlinger Hauptstraße und warf ein in braunes Packpapier gehülltes Paket in den Raum. Der Besitzer, der im Paket ein verdächtiges Surren hörte, hob es auf und trug es zur Tür. In diesem Augenblick explodierte es. Norbert Futterweit war auf der Stelle tot, sechs Personen wurden schwer verletzt, einer, der im Augenblick der Explosion das Geschäft passiert hatte, starb nach kurzer Zeit. Bereits zwei Monate zuvor hatten Nationalsozialisten eine Stinkbombe in das Juweliergeschäft geworfen und das Portal mehrfach mit Zetteln "Kauft nicht bei Juden!" beklebt.

Zur selben Zeit, am Vormittag des 12. Juni, versuchten zwei Männer im Café Produktenbörse in der Taborstraße in Wien 2 verbissen, eine aus einem kleinen Koffer ragende Zündschnur in Brand zu setzen, was trotz mehrmaliger Versuche nicht gelang. Entnervt suchten die beiden schließlich das Weite. Der zurückgelassene Koffer enthielt mehrere Kilogramm brisanten Sprengstoffs, dessen Explosion die Wirkung einer Granate eines schweren Geschützes gehabt hätte. Ein weiterer für Montagvormittag geplanter Bombenanschlag auf ein Haus in der Schönbrunner Allee misslang ebenfalls.

Am selben Montagvormittag sammelten sich Studenten an der Universität und der Technik, unter die sich bald SA-Leute mischten – "die Reitpeitschen in den Stiefelschäften", wie ein Berichterstatter des "Kleinen Blatts" beobachtete. In bewährter Manier inszenierte diese Truppe Krawalle im Bereich der Ringstraße und Inneren Stadt; zahlreiche jüdische Geschäfte waren wie üblich von Übergriffen betroffen. In der Nacht auf Dienstag explodierte dann eine Bombe in einem auf billige Gebrauchsartikel spezialisierten Warenhaus ("Haus aller Kleinigkeiten") in der Favoritenstraße in Wien 4. Das Geschäft wurde fast vollständig demoliert; es war seit längerem von den Nationalsozialisten angefeindet und wiederholt mit antisemitischen Parolen beschmiert worden. In der Nacht

zum Mittwoch beschossen Nationalsozialisten in der Hernalser Hauptstraße eine Gruppe von Heimwehrleuten und verletzten einen von ihnen durch einen Schuss in den Rücken tödlich.

Wie sich innerhalb weniger Tage herausstellen sollte, steckte hinter der Anschlagserie in Wien durchwegs die SS. Als "Anstifter und Urheber der Bombenanschläge" bezeichnete die Polizei den bereits vom Anschlag auf das Warenhaus Gerngroß bekannten Max Grillmayer, der sich – wie die meisten anderen Attentäter – rechtzeitig über die deutsche Grenze absetzen hatte können. Als Nationalsozialisten schließlich am 19. Juni 1933 bei Krems mehrere Handgranaten auf eine 56 Mann starke Abteilung christlich-deutscher Turner warfen und dreißig verletzten (davon 16 schwer, einer starb), entschloss sich das Regime Dollfuß am selben Tag zum Verbot der NSDAP.

Resümee: Widerstand 1932/33

Die Entwicklung der Jahre 1932/33 zeigt, dass bereits lange vor dem März 1938 in Wien pogromartige Ausschreitungen gegen Juden an der Tagesordnung waren. Es konnte höchst gefährlich sein, als "jüdisch aussehender" Passant in eine der immer häufiger und immer gewalttätiger werdenden nationalsozialistischen Demonstrationen zu geraten oder als Student jüdischer Herkunft einer Gruppe nationalsozialistischer Hochschüler über den Weg zu laufen. Als "jüdisch" identifizierte Geschäftsleute und Gewerbetreibende mussten stets auf Attacken von nationalsozialistischer Seite gefasst sein - von Schmierereien über eingeschlagene Auslagenscheiben bis zu Anschlägen mit Reizgas und hochbrisantem Sprengstoff. Was sich 1938 in Wien zutrug, war von den Nationalsozialisten schon Jahre vorher systematisch geschürt und vorbereitet worden.

Die Arbeiterbewegung sah sich durch den aufkommenden Nationalsozialismus in ihren mühsam errungenen Grundrechten existenziell bedroht. Die Taktik der Nationalsozialisten, provokant und gewalttätig in sozialdemokratische Bastionen einzudringen, stieß, wie gezeigt wurde, auf den entschlossenen Widerstand der sozialdemokratischen Kernmilieus.

Die Sozialisation der rund um den Ersten Weltkrieg geborenen Generation junger Arbeiter ist der Schlüssel zum Verständnis der spezifischen Formen der politischen Auseinandersetzungen in den Wiener Arbeiterbezirken. Weil in den engen Wohnungen kein Platz war, wuchsen die Arbeiterkinder auf "der Gasse" auf, lernten, sich hier zu behaupten, eigene Territorien zu erobern und zu verteidigen. Und unter diesem Gesichtspunkt der Aneignung öffentlichen Raums wird man auch die Auseinandersetzungen in den Arbeiterbezirken Wiens in den Jahren 1932/33 in ihrer sozialen Funktion "lesen" und verstehen müssen. Die Arbeitslosigkeit hatte die Jungen – im wahrsten Sinn des Wortes – auf die Straße getrieben, wo sie in Gruppen beisammenstanden und diskutierten: "Wir haben", so erinnert sich einer von ihnen, "über vieles Witze gerissen, nicht nur politisch diskutiert, auch über Sport, aber jedenfalls waren das Leute, die spontan etwas gemacht hätten. Man kann sagen, bei uns hat die Arbeitslosigkeit radikalisierend gewirkt."

Bei den politischen Kämpfen jener Zeit ging es selten heroisch zu. Man wird häufig an die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Straßenbanden erinnert: "Als wir einmal wie immer im Park Fußball gespielt haben, sehen wir aus der Entfernung zwei Nazis daherkommen, in Uniform. (...) Wir san alle hin, di ham natürlich a paar Ohrfeigen kriegt und Tritte in den Hintern." Nationalsozialisten, Heimwehrler, Frontkämpfer etc. wurden als Eindringlinge in das eigene Revier betrachtet - und vertrieben. Die Eröffnung von NS-Parteiheimen in Arbeiterbezirken führte regelmäßig zu Ausschreitungen und später zu Anschlägen auf diese Häuser. Selbst eine Badehütte des Deutschen Schulvereins Südmark im Inundationsgebiet an der Donau wurde als unerlaubter Eingriff in das eigene Territorium gewertet und von Badegästen "aus Arbeiterkreisen" angegriffen.

Ob es in diesen Jahren so etwas wie einen jüdischen Widerstand gegen die nationalsozialistischen Übergriffe gab? Darüber wird wenig berichtet. In der Judengasse vertrieben jüdische Geschäftsleute und Handelsgehilfen mehrmals unerschrocken die durchmarschierende SA; in der Leopoldstadt beteiligten sich an den Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten manchmal spontan auch ältere jüdische Anwohner. Zum Prozess gegen zwei nationalsozialistische Gewalttäter fanden sich vor dem Gerichtsgebäude neben Nationalsozialisten auch "Mitglieder jüdischer Sportvereine" ein, die an den nachfolgenden Schlägereien beteiligt waren. Anfang November 1932 berichtete die Wiener Polizei über drei jüdische Selbstschutzverbände, die aufgrund der fortwährenden Übergriffe gegen Juden entstanden waren: der dem Verband der jüdischen Hochschüler Osterreichs nahe stehende "Jüdische Wehrsport- und Schützenverein Haganah", der "Bund jüdischer Frontsoldaten" sowie ein "Jüdischer Schutzverband". Auffällig traten diese Organisationen in den nachfolgenden Monaten nicht in Erscheinung. Die Wiener Juden verließen sich in der Abwehr des Nationalsozialismus in gewohnter Manier hauptsächlich auf den Rechtsweg und den österreichischen Staat und hofften in den täglichen Auseinandersetzungen und Übergriffen - wohl auch auf die Organisationen der Arbeiterbewegung, insbesondere auf den Schutzbund.

Die aktivsten Anti-Nationalsozialisten in Wien waren junge, auf der "Gasse" sozialisierte Arbeiter – Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, Jungsozialisten, Wehrsportler, Kommunisten. Sie waren es, die die Hauptlast des Kampfes um die Straße gegen den Nationalsozialismus trugen; sie traten der Errichtung der austrofaschistischen Diktatur in Österreich mit der Waffe entgegen. Und viele von ihnen – das zeigen ihre Lebensläufe – gehörten zu den wenigen Österreicherinnen und Österreichern, die zwischen 1938 und 1945 im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ihr Leben wagten und nur allzu oft verloren.

Quellen

Die Archivrecherchen für die vorliegende Arbeit wurden durch Fördermittel der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien ermöglicht.

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik:

- Bestand BKA-Inneres 22/Wien, Kartons 5175, 5176, 5177
- Bestand BKA-Inneres 22/gen., Kartons 4874, 4875, 4876
- Bestand Parteiarchive, Nationalsozialistische Parteistellen, Kartons 3, 19, 20
- Bestand Bundespolizeidirektion Wien, Berichte, Kartons 23, 29

Diverse Zeitungsausgaben der Jahrgänge 1930 bis 1933: "Reichspost", "Das Kleine Blatt", "Wiener Zeitung" (http://anno.onb.ac.at); weiters: "Arbeiterzeitung", "Neue Freie Presse", "Wiener Allgemeine Zeitung", "Der Kampfruf", "Das Zeitbild", "Deutschösterreichische Tageszeitung", "Die Nachtpost"

Literatur

BAUER, KURT: Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934. Wien 2003.

BOTZ, GERHARD: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938. München 1983.

DANNEBERG, ROBERT: Die Wiener Gemeinderatswahlen im Lichte der Zahlen. In: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift. Jg. 25, Nr. 6, Juni 1932; Nr. 7, Juli 1932; Nr. 8/9; August/September 1932. Wien 1932. S. 246–255, 312–325, 373–385.

EBNER, PAULUS: Politik und Hochschule. Die Hochschule für Bodenkultur 1914–1955 (= Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Band 37). Wien 2002.

Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Band 1: Arbeiterbewegung. Hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes u. v. Institut für Wissenschaft und Kunst. Wien o. J.

HÄNISCH, DIRK: Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien/Köln/Weimar 1998.

HOLTMANN, EVERHARD: Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934. In: Jedlicka, Ludwig; Neck, Rudolf (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien 1975. S. 113–120.

HUEMER, PETER: "Herr Kanzler, schaffen wir es …!" Österreich vor dem Bürgerkrieg 1933. In: Das Jüdische Echo. Europäisches Forum für Kultur und Politik. Vol. 53, Oktober 2004, S. 60–64.

JOHN, MICHAEL: Aggressiver Antisemitismus im österreichischen Sportgeschehen der Zwischenkriegszeit. Manifestationen und Reaktionen anhand ausgewählter Beispiele. In: Zeitgeschichte, 26. Jg., Heft 3, 1999. S. 203–230.

Kreisky, Bruno: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986.

LONGERICH, PETER: Geschichte der SA. Taschenbuchausgabe, München 2003.

MAIMANN, HELENE/MATTL, SIEGFRIED (Hg.): Die Kälte des Februar. Österreich 1933–1938. Wien 1984.

MCLOUGHLIN, BARRY: "Das intensive Gefühl, sich das nicht gefallen lassen zu dürfen": Arbeiterschaft und die Gewaltpraxis der NSDAP, 1932–1933. In: Ardelt, Rudolf/Hautmann, Hans (Hg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. Wien/Zürich 1990. S. 49–72.

MEISSL, SEBASTIAN: Wiener Universitäten und Hochschulen. In: Wien 1938 (= Ausstellungskatalog zur Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien. Zusammengestellt vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes). Wien 1988. S. 197–209.

MIKOLETZKY, JULIANE: "Von jeher ein Hort starker nationaler Gesinnung". Die Technische Hochschule in Wien und der Nationalsozialismus. Wien 2003

NECK, RUDOLF: Simmering – 16. Oktober 1932. Symptom und Auftakt der österreichischen Tragödie. In: Neck, Rudolf/Wandruszka, Adam (Hg.): Beiträge zur Zeitgeschichte. St. Pölten 1976. S. 95–112.

NEUGEBAUER, WOLFGANG: Die Anfänge des NS-Terrorismus in Österreich – Wurzeln, Motive, politische Hintergründe. In: Schefbeck, Günther (Hg.): Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen. Wien, München 2004. S. 70–77.

PAULEY, BRUCE F.: Politischer Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Botz, Gerhard u.a. (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Wien ²2002. S. 241–259.

PICHLER, FRANZ A.: Polizeihofrat P. Ein treuer Diener seines ungetreuen Staates. Wiener Polizeidienst 1901–38. Wien 1984.

SAFRIAN, HANS/SIEDER, REINHARD: Gassenkinder – Straßenkämpfer. Zur politischen Sozialisation einer Arbeitergeneration in Wien 1900 bis 1938. In: Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hg.): "Wir kriegen jetzt andere Zeiten." Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Berlin/Bonn 1985. S. 117–151.

SCHAUSBERGER, FRANZ: Ins Parlament, um es zu zerstören. Das "parlamentarische" Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg 1932. Wien/Köln/Weimar 1995.

STAUDINGER, ANTON: Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik. In: Botz, Gerhard u.a. (Hg.): Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert. Wien ²2002. S. 261–280.

STEELE, DAVID F.: Alfred E. Frauenfeld and the development of the Nazi Party in Vienna, 1930–1933. Diss., Univ. of Michigan, Ann Arbor 1991.

WEINZIERL, ERIKA: Hochschulleben und Hochschulpolitik zwischen den Kriegen. In: Leser, Norbert (Hg.): Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit. Wien 1981. S. 72–85.

WOHNOUT, HELMUT: Dreieck der Gewalt. Etappen des nationalsozialistischen Terrors in Österreich 1932–1934. In: Schefbeck, Günther (Hg.): Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen. Wien, München 2004. S. 78–90.



Kurt Bauer

Geboren 1961 in St. Peter am Kammersberg, Steiermark. Schriftsetzerlehre, Ausbildung zum Reproduktions- und Drucktechniker. Studium der Geschichte an der Universität Wien, Dr. phil. Historiker, Verlagslektor. In seinem Buch "Elementar-Ereignis", erschienen 2003 im Czernin Verlag, befasst er sich mit dem nationalsozialistischen Juliputsch 1934. Jüngst erschien im Böhlau Verlag "Bauernleben. Vom alten Leben auf dem Land".